Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 262. Freitag den 9. November. 1849.

Berlin, den 8. November. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Eisenbahn-Kommissarius, Regierungs-Rath Christian von Maaßen den Charakter als Geheimer Regierungs-Rath zu verleihen.

Se. Durchlaucht der General-Lieutenant und Commandeur der 6. Division, Fürst Wilhelm Radziwill ist nach Torgau, und der Königl. Spanische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am hiesigen Hofe, Marquis de Valdegamas, nach Madrid abgereist. — Se. Excellenz der General-Lieutenant und Commandeur der 10. Division, Freiherr von Steinäcker ist von Gastein hier angekommen.

Deutschland.

Posen. — Bei Gelegenheit der Eisenbahnfrage brachte der Abg. für Posen, Herr Hirsch, ein Amendement folgenden Inhalts ein: Den, vom Ministerium vorgelegten Gesetzentwurf dahin zu ändern, daß statt der 3 projectirten Bahnen noch eine vierte sofort in Angriff zu nehmen sei, nämlich die von Posen nach Breslau. In seiner Rede wurde er vom Präsidenten mit der Bemerkung unterbrochen, daß zur weiteren Erörterung dieses Gegenstandes hier eigentlich keine Gelegenheit sei, indem es sich nur um die Vorlage über die drei Bahnen: Saarbrücker-, Westphälische und Ostbahn handele, auf die Entgegnung des Redners, daß ihm keine anderweitige Gelegenheit geboten wäre, einen so wichtigen Gegenstand zu erörtern, ward ihm das Wort gestattet, worauf er ungefähr folgendermaaßen fortfuhr: Meine Herrn! Es befindet sich in Ihren Händen eine Denkschrift des Magistrats und der Stadtverordneten von Posen betreffend den Bau einer Eisenbahn von Posen nach Breslau, welche so ausführlich und schlagend die Nothwendigkeit des schleunigen Baus dieser Bahn begründet, ja dieselbe sogar für wichtiger und nothwendiger erklärt, als die Westphälische, daß ich darüber sehr kurz hinweggehen kann. Ich lasse auch hier die Vergleichung mit anderen Bahnen gänzlich bei Seite, gestehe die Nothwendigkeit des schleunigen Baues der genannten 3 Bahnen, so wie die Bewilligung zu deren Kosten gern zu und behaupte nur, daß die Posen-Breslauer Bahn in commerzieller, allgemein politischer und strategischer Rücksicht von den höchsten Interessen für den Staat ist, und daß ihre schleunige Ausführung durchaus nothwendig erscheint. Wenn als unbestritten angenommen werden darf, daß Eisenbahnen für das geistige und materielle Gedeihen des Volkslebens von höchstem Nutzen sind, so ist dies um so mehr der Fall in einer Provinz, welche bisher sehr stiefmütterlich behandelt worden und welche, während in andern Provinzen fast jede mittlere Stadt durch eine Chaussée oder mindestens gute Straße mit der andern verbunden ist, eine solche noch nicht einmal zwischen den beiden Hauptstädten der Provinz besteht, so daß zu verschiedenen Jahreszeiten die Passage sogar lebensgefährlich ist. Die Posen-Breslauer-Bahn verbindet direct die Hauptstädte Schlesiens und Pommerns und vermittelt dadurch auf kürzestem Wege den Handels-Verkehr zwischen Breslau und der Ostsee. Die Vortheile dieser direkten Verbindung für beide Provinzen liegen klar vor Augen; ich will nur noch hinzufügen, daß nicht blos diese Provinzen Nutzen davon ziehen, sondern der ganze Osten der Monarchie, denn es würde dadurch gleichzeitig eine nähere, schnellere und bessere Verbindung Schlesiens mit der Provinz Preußen und den östlichen Theilen des Staats herbeigeführt, so daß also 5 Provinzen bei diesem Project wesentlich betheiligt sind. Ich übergehe hier die Vortheile in strategischer Hinsicht, da dieselbe schon in der Ministeriellen Denkschrift ihre Würdigung fanden. Wenn hiernach die Wichtigkeit und Nothwendigkeit der Bahn als allseitig anerkannt, vorausgesetzt werden darf, so ist nun auch zu prüfen, ob der Kostenpunkt von solcher Bedeutung sei, daß um seinetwillen die Ausführung aufgeschoben werden müsse; dies muß ich entschieden verneinen. Die Bahn gehört zu denen, welche das günstigste und am wenigsten kostspielige Terrain darbieten, so daß nur ohngefähr 200,000 Thlr. pr. Meile, im Ganzen also 4 Mill. Thlr. nöthig sein werden. An sich schon ist diese Summe, im Vergleich zur Wichtigkeit und zur pecuniairen Lage Preußens von keinem Belang, wenn Sie nun aber, wie ich hoffe, heute 21 Mill. bewilligen werden, wollen Sie dann um 4 Mill. für eine so wichtige Bahn knausern? — Hierzu kommt, daß der Staat für die Stargardt-Posener Bahn die Zinsgarantie übernommen hat, für eine Bahn, welche nur von Wichtigkeit ist im Hinblick auf ihre Fortführung bis Breslau, welche jetzt einen jährlichen Zuschuß aus der Staatskasse von 2½ % erfordert, aber nicht nur keinen Zuschuß erfordern, sondern entschiedenen Gewinn abwerfen würde, wenn die hier projectirte Bahn ausgeführt wäre. Ich will Sie nicht länger mit Gründen aufhalten und Ihnen nur noch an's Herz legen, daß sie dem bisher vernachlässigten Osten nicht nur durch Bewilligung für die Ostbahn, sondern auch für die Posen-Breslauer eine Wohlthat erweisen, die eben in ihren Folgen dem ganzen Vaterlande zu Gute kommt. Ich bitte Sie, für meinen Antrag zu stimmen.

Hierauf äußerte der Herr Handels-Minister, daß die Vorbereitungen zur Ausführung der Bahn bereits in Angriff genommen seien und diese Bahn die nächste sein würde, welche gebaut werden sollte; auch wolle er den Kammern sobald als möglich einen darauf bezüglichen Antrag vorlegen. Für heute könne er dem Amendement nicht beitreten. Nach Beendigung der allgemeinen Discussion erklärte der Abg. Hirsch (wahrscheinlich da er sehen mochte, daß sein Amendement nicht durchgehen würde), daß er seinen Antrag für jetzt zurückziehe.

Dieses Verfahren des Herrn Hirsch hat hier und in Berlin einen sehr üblen Eindruck gemacht. In No. 258. der Voss. Zeit. wird demselben vorgeworfen, daß ihm der Zufall des Augenblicks sein Amendement an die Hand gegeben, daß er dasselbe vor seiner wenig ehrenvollen Niederlage — aus Condescendenz für den Minister — nur wenig Minuten vertheidigt habe.

Herr Hirsch sucht nun zwar in No. 259. der Voss. Ztg. diesen Angriff zurückzuweisen, wir überlassen es aber den Lesern zu beurtheilen, in wiefern ihm dies gelungen ist und bemerken nur, daß Morgen eine Deputation, bestehend aus einem Magistrats-Mitgliede G. R.-Rath Neumann und dem interim. Stadtverordn.-Vorsteher Prof. Müller nach Berlin reis't, um bei der ersten Kammer, wenn möglich, das wieder gut zu machen, was Herr Hirsch bei der zweiten durch sein Auftreten verdorben.*) Auch cirkulirt unter den hiesigen Wahlmännern eine Aufforderung, dem Abgeordneten ein entschiedenes Mißtrauensvotum zu Theil werden zu lassen.

— Doch audiatur et altera pars: Die Vertheidigung des Herrn Hirsch lautet, wie folgt:

In No. 258. dieser Zeitung bin ich persönlich mit einer Leidenschaftlichkeit, gleichzeitig aber mit einer so großen Unkenntniß der parlamentarischen sowohl, als auch der faktischen Verhältnisse angegriffen worden, daß ich nicht mit einem Worte darauf entgegnen würde, wenn die Wichtigkeit der Sache selbst mich nicht veranlaßte, dieselbe hier kurz auseinanderzusetzen.

Nicht „der Zufall des Augenblicks" hatte mir das Amendement an die Hand gegeben; dasselbe war vielmehr das Ergebniß einer reiflichen, mit vielen Abgeordneten der dabei zunächst betheiligten Provinzen Posen, Schlesien und Pommern gepflogenen Besprechung; es war nicht gestellt in der Hoffnung, daß es in der Kammer durchgebracht werden könnte, (hiergegen sprachen zu viele Gründe) sondern in der Absicht, dadurch eine offizielle Erklärung des Ministeriums zu provoziren, die bestimmter und deutlicher sich auslassen sollte, über den Zeitpunkt des Baues der Bahn von Posen nach Breslau, so wie darüber, daß dies auf Staatskosten geschehen würde, als es in der Denkschrift über die Eisenbahnanlagen stattgefunden. Dieser Zweck ist vollständig erreicht, denn der Herr Minister für Handel und Gewerbe hat sofort nach meiner Rede mit deutlichen Worten erklärt: „daß die Posen-Breslauer Bahn jetzt noch nicht in Angriff genommen werden könne, weil die nöthigen Vorarbeiten zwar im Gange, aber noch nicht so weit gediehen seien, daß die Anschläge gefertigt und der Kammer Behufs Bewilligung des erforderlichen Kredits vorgelegt werden könnten; daß dies aber in nächster Zeit geschehen und diese Bahn die erste sein solle, welche fernerhin auf Staatskosten gebaut werden würde."

Hiermit war der Zweck des Amendements vollkommen erreicht, und ich hielt dasselbe zurückzuziehen um so mehr für Pflicht, als ich es für unverantwortlich gehalten haben würde, durch eine nutz- und voraussichtlich erfolglose Abstimmung die wichtigen Kammerdebatten aufzuhalten und dem Lande dadurch Zeit und Geld zu rauben.

Ob unter diesen Umständen „die Niederlage" eine „ehrenvolle" gewesen sein würde, überlasse ich der Beurtheilung der Leser. Daß ich mein Amendement nur „etliche Minuten" hindurch vertheidigt, halte ich, da ich das Wesentliche gesagt zu haben glaube, für keinen Fehler, werde vielmehr im Interesse des Landes und der Kammer auch bei künftigen Gelegenheiten mich stets so kurz als möglich zu fassen suchen.

Daß ich ferner die Posener Verhältnisse kenne und mich nicht scheue, das Flottwell-Grolmansche System als das einzig richtige für die Behandlung der Provinz anzuempfehlen, habe ich durch meine Rede bei Gelegenheit der Debatte über §. 1. der Verfassung (die ich aber, falls es Jemanden interessiren sollte, nicht in der Vossischen Zeitung, sondern in den stenograghischen Berichten nachzulesen bitte), hinlänglich bewiesen.

Meinen „Posener Wahlmännern" endlich trete ich sowohl in dieser wie in den übrigen politischen Fragen mit ruhigem Gewissen entgegen, und bin, da ich sie kenne und sie mich, überzeugt, sie werden mein Verfahren vollkommen billigen.

Berlin, den 4. November 1849.

Hirsch, Abgeordneter für Posen.

Berlin, den 5. Nov. In Verfolg unserer Mittheilungen über die durch die seitens der Staats-Anwaltschaft eingelegten Rechtsmittel zum Austrage gebrachten Rechtsfragen, bringen wir wieder mehrere vom Obertribunal nunmehr endgültig entschiedene Fälle zur Kenntniß: 1) Schon seit Jahren haben die hiesigen Verbrecher von Profession bei ihren Angriffen auf fremdes Eigenthum gesucht, den Thatbestand ihrer Geschäfte so zu konstruiren, daß derselbe, wenn die Entdeckung erfolgte, nicht als Diebstahl, sondern als Betrug erschien; Veranlassung dieses Manoeuvres sind die harten Strafen des wiederholten Diebstahls. So war es denn auch Mode geworden, daß Frauenzimmer in guter Toilette sich am Abend ein meublirtes Zimmer mietheten, Thee machen ließen, den Frühkaffee bestellten, aber am andern Morgen mit allem, was nicht nieth- und nagelfest war, verschwunden waren. Die Staatsanwaltschaft und das Stadtgericht sah in dem Miethsvertrage nur eine vorbereitende Maßregel, in der Entfremdung der Sachen einen Diebstahl unter erschwerenden Umständen, d. h. mit besonderer List und Verwegenheit. Das Appellations-Gericht nahm eine betrügliche Unterschlagung an, in Folge dessen die mehrjährige Freiheitsstrafe auf wenige Monate Haft herabgesetzt wurde; das Ober-Tribunal hat indessen in einem solchen Falle das erste Erkenntniß wieder hergestellt. 2) Es ist kontrovers, ob bei dem gewaltsamen Diebstahl in unbewohnten Gebäuden, der mit der Strafe des Diebstahls unter erschwerenden Umständen bedroht ist, zur Anwendung eines härtern oder mildern Gesetzes in Betracht zu ziehen ist, ob der entwendete Gegenstand 5 Thlr. oder mehr werth ist. Die Staatsanwaltschaft will diesen Unterschied nicht gemacht wissen, und das Ober-Tribunal hat auch das Erkenntniß eines Appellations-Gerichts, welches

*) Vergl. den Bericht über die Stadtverordneten-Versammlung in der heutigen Zeitung. D. Red.

die Strafe des kleinen Hausdiebstahls angewandt hat, vernichtet und die strengere Ansicht geltend gemacht. 3) Aus verschiedenen Gerichtsbezirken sind der Entscheidung des höchsten Gerichtshofes Fälle unterbreitet, in denen Beamte, welche Fehler gegen ihre Instruktionen begangen hatten, oder doch begangen zu haben beschuldigt sind, thätlichen Widerstand fanden, und die renitenten Personen wegen Widersetzlichkeit angeklagt sind, z. B. wenn der dem Exequendus persönlich bekannte Exekutor den erstern nur mündlich mit dem Gegenstande seiner bevorstehenden Amtshandlung bekannt macht, statt das Mandat vorzuzeigen; oder wenn der Exekutor einen Gegenstand abpfändet, der nicht im Wege der Exekution veräußert werden darf, oder wenn ein Administrativ-Beamter im Auftrage der vorgesetzten Behörde einen Auftrag vollzieht, obwohl diese Behörde von unrichtigen Voraussetzungen bei Ertheilung des Auftrages ausgegangen war. Mehrere Gerichtshöfe hatten unter solchen Umständen das Nichtschuldig ausgesprochen. Das Obertribunal nimmt jedoch an, daß demjenigen, gegen welchen die Amtshandlung des Abgeordneten der Obrigkeit gerichtet ist, die Befugniß nicht zugestanden werden könne, seine einseitige Ansicht, daß dabei die amtliche Befugniß überschritten werde, durch thätlichen Widerstand zur Geltung zu bringen, daß vielmehr die Entscheidung, ob eine solche Ueberschreitung vorgefallen sei, der betreffenden Behörde überlassen und dieser auch die Rüge vorbehalten bleiben müsse, und daß dergleichen Ueberschreitungen nur nach den Umständen des Falls und insofern in Betracht gezogen werden könnten, als die Sache dazu angethan sein möchte, die Strafbarkeit des Angeklagten aus einem mildernden Gesichtspunkte aufzufassen. Die Wichtigkeit dieses Prinzips für das in der jüngsten Zeit leider so oft angetastete Ansehen der eigentlichen Exekutiv-Beamten bedarf keiner weiteren Erörterung. (D. R.)

— (Const. Z.) Die Gewerbeabtheilung des Magistrats hat ein Normalstatut entworfen, welches in allen Gewerken zum Grunde gelegt werden soll, um dort nach den besonderen Verhältnissen jeder Innung modifizirt zu werden. Das Collegium der Altmeister soll mit dieser Vorlage nicht einverstanden sein. — Der verdiente, gemäßigt-freisinnige Präsident Lette hat sich veranlaßt gesehen, das Präsidium des landwirthschaftlichen Centralvereins für den Regierungs-Bezirk Frankfurt a. d. O. niederzulegen, nachdem ihm der Vorstand dieses Vereins durch den Mund des Herrn Majors v. Senfft hatte erklären lassen, seine politische Richtung errege Anstoß. — Der Central-Ausschuß der conservativen Vereine ist mit der Bildung eines Ausschusses beschäftigt, um die Wahlen im conservativen Sinne zu leiten. — Der hiesige Verein zur Deutschen Göthestiftung hat gestern eine Sitzung gehalten und in derselben einen Antrag des von ihm gewählten Ausschusses zur Prüfung von eingegangenen Vorschlägen, in welcher Art die Göthestiftung ausgeführt werden solle, durch einstimmigen Beschluß angenommen. Derselbe geht dahin: „Als nächste Aufgabe für die Göthestiftung die Erweckung und Belebung des Deutschen Volksgesanges durch Liederfeste, in Verbindung mit Preisvertheilungen und Unterstützungen (für Dichtkunst, Tonkunst und bildende Kunst) zu empfehlen.

△ Berlin, den 6. November. An der Tagesordnung der politischen Discussionen ist jetzt die große Frage der Reorganisation des Großherzogthums; der Hauptfactor, um den sich alles dreht: die Demarkation! Wir können mit ziemlicher Gewißheit versichern, daß dies Wahngebilde niemals ins Leben treten wird; politische und sociale Rücksichten sprechen dagegen, die Sache selbst liegt nicht einmal frei in der Hand der Regierung, und wir können behaupten, daß bei den Vorlagen, welche dieselbe für die Kammern ausgearbeitet hat, davon bereits gänzlich Umgang genommen worden.

Die Demarkation risse einen Theil von dem, neu zu begründenden, Deutschland ab; könnte somit Preußen, ohne Zustimmung des Reichstags darüber schalten? Die Preußische Demarkations-Linie ward von dem, durch den Reichsverweser nach Posen geschickten Hessischen General Schäfer aus strategischen Rücksichten verändert, der dadurch zu reorganisirende Polnische Theil verringert; kann dieser selbst diese Trennung wünschen? kann sie nur entfernt seinen Interessen entsprechen? Welche politische Bedeutung kann so ein abgerissener, vereinzelter Landstrich der Nationalität seiner Bewohner geben? welche Civilisation kann er ihm bieten, welche industriellen und commerciellen Kräfte vermag er zu entwickeln? — Das Land selbst würde verkümmern, und der Nachtheil Preußens läge auf der Hand. Abgesehen von dem materiellen Verluste an Boden und Bevölkerung böte dieses Polnische Grenzländchen, in dem sich alle, überall verdrängten Elemente der revolutionären Propaganda concentriren würden, die fortwährende Besorgniß, in ihm einen neuen Quell der Unruhen entspringen zu sehen; ein stabiles Beobachtungscorps an der Gränze wäre eine gebietende Nothwendigkeit, und dessen endliches Einschreiten fast unausbleiblich. Das letzte Resultat würde eine nothgedrungene Occupation sein, oder die nähere Russische Nachbarschaft, wenn bei der ersten Gelegenheit es dem östlichen Nachbar gefallen sollte, Besitz von dem verwaisten, kraft- und machtlosen Ländchen zu nehmen. Oder ein Krieg mit Rußland? — Weshalb? Eines Stückchen Landes wegen, das uns schon gehört, dessen Vereinigung mit Preußen diesem sicherere Gränzen, jenem alle Vortheile gewähren würde, die einem

kleinen, in der Civilisation, wie in der Cultur noch zurückgebliebenen Lande, aus der Verschmelzung mit einem großen und mächtigen erwachsen, das in beiden letzten Beziehungen auf den Höhepunkten des gebildeten Europa steht. Nein! die moralische und materielle Zukunft Polens kann ihm nur in einer neuen Gestalt erblühen; das umsponnene, verpuppte Polen, kann nur, aus seinem Winterschlaf erwachend, als Deutscher Schmetterling die Flügel nochmals entfalten; nur durch eine Incorporation mit Deutschland, nicht nur im Gebiet des Grund und Bodens, sondern des Geistes, der Sitte der Aufklärung und des Fortschrittes erblüht ihm wahres Heil, dauerndes Glück. Die Demarkation entsprang aus der Chimäre Reorganisation; sie mache der Wirklichkeit Platz. Mit Preußen eng vereint, die ganze Provinz mit ihm verschmolzen, gehöre sie ganz und ungetheilt zum Deutschen Bunde; da finde sie, wie jede andere Provinz Preußens, ihre Kraft, ihr Gedeihen, ihre Cultur, ihre Civilisation, und mit ihnen wird sie auch das höchste Gut der Völker finden — ihre wahre Freiheit. Diese Betrachtungen ergeben sich aus einer richtigen Anschauung der Sachlage von selbst. Sie konnten der Regierung nicht entgehen, und daß sie ihr nicht entgangen sind, dafür spricht das gänzliche Fallenlassen dieser Idee. Die Demarkation besteht auf dem Papier; ins Leben wird sie nicht treten; welche Beschlüsse auch das Schicksal der Provinz regeln werden — an eine Demarkation ist nicht zu denken.

— Am 5. und 6. d. M. ist wieder Vormittags und Nachmittags in der Werder-Hellwig-Löwinsonschen Untersuchungssache verhandelt und steht kaum zu erwarten, daß der Prozeß in dieser Woche zu Ende geführt wird. Die Vertheidigung, welche durch die Herren Vollmer und Schulz vertreten ist, hat sehr gelehrte Abhandlungen über das Wesen des strafbaren Betruges vorgetragen und nicht allein das Französische, sondern auch das Römische Recht herangezogen, wogegen die Staatsanwaltschaft an Cicero's Anekdote von jenem Villabesitzer erinnerte, welcher beim Besuche eines Kauflustigen das ganze Gestade mit Kähnen, Fischern u. dergl. belebt hatte, und an Cicero's Bedauern, daß zur Zeit des Vorfalls das Aquilische Gesetz noch keine Geltung gehabt hatte. Die Thatfrage ist bei den meisten Fällen, ob die Personen, welche mit Hellwig kontrahirt und die unzweifelhaft werthlosen Dokumente als Kaufschilling empfangen haben, zum Abschlusse des Geschäfts durch Lügen des H. bewogen sind; die Rechtsfrage, ob dergleichen Lügen im Handel und Wandel den kriminell zu ahnenden Betrug konstatiren. Bei Löwinson stellt sich die Sache insofern anders, als er in der Regel beim Abschluß des Geschäfts nicht zugegen gewesen ist, wenn gleich gerade seine Papiere verwerthet sind. Die Staats-Anwaltschaft hat sich nun darzuthun bemüht, daß eine fraudulense Verabredung zwischen ihm und H. Statt gefunden haben müsse, welche er freilich leugnet. Er will vielmehr gerade in jener Zeit mit den politischen Ereignissen beschäftigt an etwaigen Schwindeleien des H. nicht mehr Schuld haben, als die Fabrikanten der Spielmarken an den Betrügereien der Gauner gegen einfältige Landleute, denen sie die Marken für Goldstücke anschwatzen. Unter den Zeugen figuriren neben den Damnifikaten vornehmlich Commissionaire und Agenten, deren Thätigkeit durch die öffentliche Aufdeckung der hier obwaltenden Geschäftsverhältnisse auch wohl etwas gehemmt werden dürfte. — Gestern Abend kam im Opernhause die Spohrsche Oper „Jessonda" zur Aufführung, wobei der aus Köln als Hof-Kapellmeister herbeigerufene Herr Dorn zum ersten Male in seinem neuen Amte dirigirte. Den Abend zuvor hielt Herr Dorn im Opernhause eine Generalprobe gedachter Oper, und wurde vor derselben vom Regisseur Herrn Stawinski im Auftrage des General-Intendanten Herrn von Küstner dem Opern- und Orchester-Personal persönlich vorgestellt. Herr Dorn richtete darauf an dasselbe in einer längeren Rede gemüthliche Worte, die von den Zuhörern wiederholentlich durch Akklamationen unterbrochen wurden. (D. R.)

Berlin, den 6. November. (Nat.-Z.) Es ist das Unglück der Könige und der Völker, daß beiden selten die Wahrheit gesagt wird. So ist es selbst am 18. März 1848 hier in Berlin gewesen. Damals ging eine letzte Deputation der Stadtverordneten und des Magistrats zum Könige. Herr von Raumer, der bei dieser Deputation war, erzählt in seinen „Briefen aus Frankfurt und Paris", wie dem König die volle ungeschminkte Wahrheit gesagt sei. Er berichtet auch, was und wie der König geantwortet. „Man bat um Preßfreiheit. — Ist schon bewilligt. — Um Berufung des Landtages. — Desgleichen. — Um Veränderung der Grundsätze über Wahlen und Abstimmungen. — Antwort günstig, jedoch so bedingt, daß kein bestimmtes Ergebniß hervorging. — Gleichstellung aller Religionsbekenntnisse, ohne staatliche Bevorzugung. — Antwort: ich bin der größte Freund der Religionsduldung; die Leute dürfen sich ja nur aussprechen. — Zwischen Ew. Maj. und dem Volke stehen Räthe, welche das Vertrauen des Volkes nicht besitzen. — Antwort: diese Männer meinen es redlich mit dem Volk und der Krone. — Auf den Antrag, die von der Stadt Berlin vorgetragenen Wünsche dem Landtage zur Berathung vorzulegen und nach Empfang seines Gutachtens zu entscheiden, ging der König nicht einfach ein; weil ja zu prüfen sei, ob die Wünsche sich zu solch einer Vorlegung eignen. Der König sprach nach seiner Weise noch viel, verständlich, gemüthlich; hierauf von seiner Macht, seinem Recht, seinem göttlichen Beruf. — Sagen Sie laut, rief er, daß ich, so wahr mir Gott helfe, Alles thun will, was zum Wohle meines Volkes gereicht, daß ich aber niemals auch nur einen Finger breit von meinen Grundsätzen abweichen werde, daß mich keine Macht der Erde jemals dazu vermögen wird." Und die Deputation? — Herr von Raumer berichtet: „Wir stellten endlich das Mildeste und Wesentlichste aus allen Reden des Königs zusammen, so daß Bewilligungen, Versprechungen und Hoffnungen jeden Gemäßigten befriedigen konnten." Das Volk hat nicht die Wahrheit erfahren. Noch einmal, das ist der Völker und der Könige Unglück, daß sie nur selten die Wahrheit erfahren einer vom andern, weil sie sich Beide zu fern stehen. Das eingeführte Hofceremoniell schließt die Könige vom Volke ab. Die Könige hören nicht, oder hören zu spät, was eigentlich im Volke lebt und wie es im Lande aussieht. Offizielle Berichte, offizielle Empfangsfeierlichkeiten sind nicht im Stande, sie darüber aufzuklären. Sehen sie das Volk festlich geschmückt, hören sie es Lebehoch rufen, so mögen sie glauben, es sei ein zufriedenes, glückliches Volk.

— (Köln. Z.) Bis jetzt haben Baden und Baiern zu dem Vertrage vom 30. September ihre Zustimmung ertheilt. Ueber die Aufnahme der Vorbehalte Baierns hoffe ich Ihnen bald Näheres zu melden. — Wenn den Kammern die Hohenzollern'sche Angelegenheit vorgelegt werden soll, so hat dies einen doppelten Grund. Nach längerer Berathung entschloß sich das Ministerium, für das neuerworbene Land keine Neuenburger Personal-Union festzustellen, sondern dasselbe in eine Preußische Provinz zu verwandeln. Dann aber müßten die Kriegskosten, welche einmal seine Behauptung verursachen könnte, von den anderen Provinzen mit getragen werden. Außerdem können aus der Domänenfrage Verpflichtungen für den Staat entstehen. So wird die Angelegenheit in den Kreisen der Rechten erklärt. Daß die Kammern ein Wort dabei mit zu sprechen haben, versteht sich übrigens von selbst. — Eine Ausgleichung des letzten Conflictes im Schooße der zweiten Kammer wird in Aussicht gestellt. — Der Sohn des Prinzen von Preußen ist heute Abend nach Bonn abgereist. — Die „Const. Corresp." giebt über Kinkel's Lage nähere Aufklärung: „Die demokratischen Blätter", sagt sie, „berichten täglich über Kinkel's Gefangenschaft, Wahrheit und Dichtung, und werden nicht müde, den Schrei des Entsetzens ertönen zu lassen, daß ein Mann wie Kinkel, ausgestattet mit den reichsten Gaben der Natur, jetzt eingekerkert und mit mechanischen Verrichtungen beschäftigt, dem geistigen Tode entgegengehe. Wer sollte aus rein menschlichem Standpunkte, nicht in das Bedauern einstimmen, daß Kräfte, die für edle Leistungen bestimmt und befähigt waren, in den Mauern einer Strafanstalt versiechen? Aber der Schrei des Entsetzens mag sich gegen Denjenigen kehren, der seinen Kräften diese Richtung gab, der, je befähigter er war, zu wirken und mit sich fortzureißen, desto größere Schuld auf sein Haupt lud, indem er verführte und namenloses Unglück stiftete. Die strafende Gerechtigkeit ist unerbittlich, und die Erfüllung des Buchstabens des Gesetzes Grausamkeit zu nennen, kann nur der wagen, welchem das Gesetz selbst ein Dorn im Auge ist. Als Kinkel eröffnet wurde, daß nach den bestehenden Vorschriften Niemand, welcher in einer Strafanstalt sich befinde, einer seinen Kräften und Fähigkeiten angemessenen Arbeit für den öffentlichen Fonds sich entziehen könne, und ihm daher freigestellt wurde, ob er mit schriftlichen Arbeiten beschäftigt sein, oder an den Arbeiten der übrigen Strafgefangenen Theil nehmen wolle, wünschte er ausdrücklich das Letztere. Er habe dabei seine Gedanken frei, äußerte er. Seiner Bitte, wöchentlich an seine Frau schreiben zu dürfen, ist gewillfahrt, und die Persönlichkeit, so wie die Auffassung des Strafanstalts-Direktors über seinen Beruf, sichern Kinkel eine Behandlung, die innerhalb der vom Gesetze gezogenen Schranken den Charakter äußerster Milde trägt."

Königsberg, den 1. November. Jakoby hat drei Verhöre zu bestehen gehabt, in deren einem sonderbarer Weise der Inquirent auf Verlangen der Staats-Anwaltschaft die Frage an ihn richtete, „ob er sich des Hochverraths für schuldig erachte." Daß Jakoby mit „Nein" antwortete, brauchen wir nicht hinzuzufügen. Auf Grund dieser Verhöre hat nunmehr der Staats-Anwalt die Anklage gegen Jakoby auf „Hochverrath" erhoben. Derselbe befindet sich übrigens in anständiger Haft und darf einzelne Besuche empfangen. Der Arbeiter-Verein hat eine Adresse an ihn gerichtet und ihn zum Ehrenmitglied des Vereins ernannt. (Köln. Ztg.)

Königsberg, den 3. November. Gegen Dr. Jakoby soll zu gleicher Zeit mit der Anklage wegen Theilnahme am Rumpfparlament eine andere eingeleitet sein wegen Beschlagnahme von Briefschaften an den kommandirenden General und an den Oberpräsidenten, welche er sich im März vorigen Jahres zu Schulden kommen ließ. Bisher war theils wegen seiner Entfernung, theils auch wegen seines Abgeordneten-Mandates eine Verfolgung größtentheils unmöglich und in der kurzen Zeit nach Auflösung der National-Versammlung und vor der Neuwahl zur zweiten Kammer wollte man wohl wegen der herrschenden Aufregung diesen Prozeß nicht anfangen. Jedenfalls wird sich ein Streit darüber erheben, ob derselbe unter die politischen zu rechnen sei oder nicht. (Const. Ztg.)

Magdeburg, den 2. November. Die Reichstagswahlen sollen schon am 20. November d. J. vorgenommen werden, noch rührt sich aber kein Verein. Die alten Locale stehen verlassen, und die Redner-Tribünen sind auf den Boden geschafft. Es ist mit dem Associations- und Vereinswesen hier eine eigenthümliche Sache — es ist gänzlich in Mißkredit gekommen, und nur wenn eine Partei die andere aufstachelt, dann werden wieder spärlich besuchte Versammlungen abgehalten. — Die Königs-Jagden in unserer Gegend haben ein glänzendes Resultat gehabt; in Letzlingen allein wurden 207 Dammhirsche und einige 30 wilde Schweine erlegt. Eine Jagdgeschichte, die in Letzlingen passirt, geht von Mund zu Munde. Ein angeschossener Spießhirsch rannte einen Treiber um, und riß ihm dabei mit einer Geweihstange den Mund auf. Geh. Rath Grimm verband den Verletzten sofort, und der König bedauerte das Unglück sehr theilnehmend und ließ dann — dem plötzlich ganz glücklich Gewordenen — fünf Friedrichsd'or verabreichen. Dadurch wurde er sofort Gegenstand des Neides aller seiner Kameraden, die das Glück desselben nicht genug preisen konnten. Die Wunde ist sehr bald zugeheilt, und der Verletzte segnet den Hirsch, der ihn plötzlich zu einem Mann von Capital gemacht hat. (Const. Ztg.)

Halle, den 1. November. Gestern traf seine Excellenz der General von Steinäcker zum Besuche bei seinem hier lebenden Bruder, dem Oberst-Lieutenant von Steinäcker, in Halle ein. Nicht nur am Bahnhofe wurde „Vater Steinäcker" festlich empfangen, auch durch andere Beweise der Liebe und Verehrung, wie durch einen großen Zapfenstreich, gab sich die anhängliche Gesinnung gegen den großen Kriegshelden kund, welchem das Vaterland in den schwierigsten Zeiten die besten Dienste verdankt. (H. C.)

Hamburg, den 1. November. Sie werden vermuthlich erstaunen, indem Sie vernehmen, daß in Bezug auf Ausgleichung der Einquartirungskosten noch immer nichts Bestimmtes zwischen der preußischen Regierung und der hiesigen abgemacht wurde. Die erstere scheint dazu geneigt, 5½ Sgr. per Mann täglich zu vergüten; es ist aber auch wegen dieser so weit unter dem Betrag der baaren Auslagen bleibenden Summen noch kein Abkommen getroffen worden. Die hiesigen Quartiergeber erhalten täglich 1 Mk. für den Gemeinen, 1 Mk. 8 Sch. für den Unteroffizier, 3 Mk. 12 Sch. für den Offizier u. s. w. Bis Ende September betrugen die Ausgaben für das dahier liegende Preußische Militair 350,000 Mk. Damals verließen uns bekanntlich die sämmtlichen Landwehrmannschaften und ein Theil der Artillerie. Für die zurückgebliebenen 4000 Mann glauben wir die monatlichen Kosten auf circa 130,000 Mark veranschlagen zu dürfen. (Weser Z.)

Hannover, den 3. November. Die Nachricht, daß die deutsche Flotte in deutschen Nordseehäfen überwintern werde, scheint sich vollkommen zu bestätigen. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfuhren, ist der Geestehafen geeignet befunden, den größten Theil der deutschen Marine aufzunehmen, und schon gestern ist der Oberbaurath Masengel im Auftrage der hiesigen Regierung dahin abgereist, um die etwa noch erforderlichen baulichen Vorrichtungen unverzüglich beginnen zu lassen. Auch soll, wie man uns sagt, an verschiedene Bremensche Forstämter die Weisung ergangen sein, die zu jenen Bauzwecken nöthigen Hölzer unverzüglich aus den herrschaftlichen Vorräthen zu verabfolgen. (Wes. Z.)

Frankfurt, den 5. November. Welcker ist von seiner Reise nach Italien zurückgekehrt und zur Zeit in Frankfurt. Er hat in dieser Zeit unendlich gelitten. In Venedig ist ihm die Tochter gestorben, der eine seiner Söhne sitzt im Kerker und der andere ist nach Amerika ausgewandert. — Die vom General-Comite zur Unterstützung der flüchtigen Reichstags-Abgeordneten veranstalteten Sammlungen haben bis jetzt einen Betrag von nahe an 5000 Fl. geliefert; Frankfurt allein ist dabei mit ungefähr 3500 Fl. betheiligt. (Schl. Z.)

Stuttgart, den 2. Novbr. (D. R.) Die Würt. Z. hat ihre Stellung gegen das Ministerium Schlayer und Herdegen genommen, indem sie dessen Programm einer scharfen Kritik unterwirft und insbesondere die Andeutungen, als trage das März-Ministerium die Schuld der als trostlos geschilderten öffentlichen Zustände, mit Entrüstung zurückweist. Die Würt. Z. fragt die neuen Minister: „Wer hat im Frühjahr 1848 die gewaltsamen Angriffe auf fremdes Eigenthum niedergedrückt? Wer um dieselbe Zeit einen höchst gefährlichen Auflauf in der Residenzstadt ohne Blutvergießen unschädlich gemacht? Wer die hungernden Arbeiter beschäftigt? Wer im September 1848 der höchst gefährlichen Schilderhebung des Fabrikanten Rau Einhalt gethan? Wer hat im Juni 1849 die Beschlüsse der Reutlinger Volks-Versammlung beseitigt? Wer endlich hat die nothwendig zur Revolution führenden Beschlüsse des hier tagenden Restes der National-Versammlung und die Dekrete ihrer republikanisch zusammengesetzten Regentschaft unschädlich gemacht und durch den verhinderten Anschluß an die Badische Revolution die Besetzung Würtembergs durch 30,000 Preußen verhindert? Wären die jetzigen Minister, deren einer sich seiner Zeit kaum in den Straßen zeigen durfte, ohne verhöhnt zu werden, wären, sagen wir, die jetzigen Minister im Stande gewesen, Würtemberg auf die bezeichnete Weise zu schirmen? Nein, rufen wir aus, und Nein! wird mit uns ganz Würtemberg und wohl ganz Deutschland ausrufen. Und was berechtigt die Herren Minister, den jetzigen Zustand Würtembergs als einen gänzlich ungeordneten zu schildern? Herrscht nicht überall Gesetz, Ordnung und Ruhe, und glauben sie denn, man hätte sie berufen, wenn noch Gefahr im Innern zu besorgen wäre? Allerdings ist die Presse noch frei, ja theilweise zügellos; das Vereinsrecht ist noch nicht beseitigt, ja, einzelne jüngere Beamte sind sogar Mitglieder von Volksvereinen, und die Behörden haben noch nicht wieder angefangen, im Hochgefühl ihrer Amtswürde zu — schwelgen; allein dem ungeachtet herrschen Gesetz und Ordnung, und sie würden sich trotz jener mißliebigen Freiheiten dauernd befestigt haben, wenn man sich hätte enthalten können, von einem unzeitigen Kraftaufwande, der zu drohen scheint, Gebrauch zu machen. Bedarf es nach einem Sturme nicht immer einiger Zeit, bis sich die Wellen gelegt haben? Wohl wissen wir, daß das große Verbrechen des März-Ministeriums darin besteht, Presse und Vereine nicht niedergeschlagen und Beamte, welche der neuen Zeit ihre Huldigungen darbrachten, nicht sofort unschädlich gemacht zu haben; aber was konnte, selbst gegen Extravaganzen, gethan werden, wenn eine strafbare Handlung nicht vorlag? Hätte man die Gesetze übertreten oder in die richterliche Unabhängigkeit eingreifen sollen? Das März-Ministerium war gegründet auf die Achtung der Gesetze, und wenn es von ihnen abwich, beging es einen Selbstmord."

Mit kurzen Worten fertigt sodann die Würtembergische Zeit. die Vorwürfe des Beobachters ab, daß das März-Ministerium den Aufstand in Baden und der Pfalz nicht unterstützt habe, und äußert weiter über das Programm: „Zu Herstellung der Einheit und Freiheit Deutschlands will das neue Ministerium nach Kräften mitwirken! Schöne Worte: Es handelt sich um die Art der Mitwirkung. Diese ist bereits gewählt, aber sie wird noch nicht ausgesprochen. So viel wir hören, soll ein definitives, entschiedenes Auftreten gegen das Dreikönigs-Bündniß und eine festere Verbindung mit Oesterreich erfolgen, welches, wie die neuesten Erfahrungen zeugen, von einem Volkshause nichts wissen will, und den alten Bund, wenn es hoch kommt, geschmückt mit den Lappen eines Staatenhauses, wieder herzustellen gedenkt. Und unter dem Schatten dieser Freiheit wird es sich dann bequem regieren lassen. Auch unsere Landes-Verfassung soll im Sinne der Grundrechte der deut-

schen Nation dadurch weiter entwickelt werden, daß man der einzuberufenden Landes-Versammlung dringende Abänderungen der Verfassuug vorlegen wird. Durch diese Modifikationen werden diejenigen schwer getäuscht, welche einer durchgreifenden Abänderung entgegensehen." Die Partei des März-Ministeriums wird sonach eine entschieden oppositionelle Haltung gegen die neuen Minister nehmen, es müßten denn, wie die Würt. Ztg. am Schlusse sagt, ihre Handlungen besser sein als ihr Program.

Oesterreich.

LNB Wien, den 4. Novbr. Die Idee einer Süddeutschen Union, dem bisherigen Zollverein gegenüber, scheint definitiv aufgegeben, und die Gesammteinigung um so ernstlicher angestrebt zu werden. Schon bei dem Festmahl, das vor einigen Wochen den Eisenbahndelegirten gegeben wurde, wies ein hingeworfenes, aber damals von allen Zeitungen schnell aufgenommenes Wort des Handelsministers darauf hin. Umsichtiger und klarer spricht sich darüber ein Artikel in der „Austria" (redigirt vom Ministerialsekretair Höfken) aus, welcher von der Handelspolitik auf die Staatspolitik über geht und dabei den Leitgedanken des Kabinets selbst durchblicken läßt. Da nun die Austria vor Kurzem eine Lanze für die Süddeutsche Union brach, so wird zuvörderst der sich hierauf beziehende Aufsatz als nur von einer, aus Süddeutschland ausgehenden Einzelstimme behandelt und desavouirt. Dabei sei es von Interesse gewesen, zu konstatiren, daß, obwohl tristige Gründe und Anklänge für Bildung eines Süddeutschen Zollvereins vorhanden sind, Oesterreich doch das ganze ökonomisch vereinte Deutschland, jedem Sonderbund vorziehen werde. Allerdings! Aber es wäre auch interessant zu erfahren, wie die „Austria" zu dem Ergebniß gelangt: („Die handelspolitische Aufgabe, welche Oesterreich für sich und für Deutschland zu lösen hat, ist eine zu große welthistorische, als daß sie je in einem Sonderbunde d. h. im Sande auslaufen dürfte") und ob die Beweggründe dazu von außen herein oder von innen hinaus getragen wurden. Am wichtigsten erscheint aber der Kommentar zu den Worten in den ministeriellen Zollvereinigungsvorschlägen: „In dieser Auffassung und Durchführung der Deutschen Politik von der ökonomischen Basis aus liege noch eine unendliche Zukunft für Oesterreich." — Die „Austria" meint, daß nicht deutlicher gesprochen werden könne, womit wir nicht einverstanden sind; denn sonst bedürfte es nicht noch folgender Erläuterung. Hat Preußen etwa blos aus einem national-ökonomischen Grunde den Zollverein gestiftet? So wenig, daß es selbst bedeutende finanzielle Opfer nicht scheute um zu demselben zu gelangen. Von der bloßen Form ausgehend, kömmt man nicht zum Inhalt — das ist die mächtigste Lehre des verflossenen Jahres. Ob das gemeinsame Interesse später einen berathenden oder beschließenden Centralkörper wünschenswerth mache oder nicht, das mag Jeder sich selbst beantworten. Jedenfalls sind die verflatternden Einigungswünsche jetzt ernsthafter, als je an die Zollfrage anzuknüpfen, deren Lösung mehr davon verwirklichen wird, als alle bisherigen Verfassungs-Entwürfe. — Man überzeugt sich täglich mehr, auf welche wohlthätige Weise das Machtwort des Gouverneurs Welden das Fleischmonopol gebrochen hat; was die städtische Behörde nach Jahre langem Hin- und Herreden nicht bezwecken konnte. Eine Erklärung in der „Wiener Zeitung" über die Willtährigkeit der städtischen Behörde vermag die Thatsache nicht zu entkräften, daß die jetzigen billigen Fleischausschrotter unmittelbar vom Marktplatz, wo man ihnen die die Ochsen abdrücken wollte, sich zum Gouverneur verfügten und auf die von dort erlangte Autorisation sofort ihren Verkauf einleiteten. Wie wohlthätig solche Maaßregeln wirken, beweisen auch die satzungsfrei gegebenen Brotgattungen. Es geht aus den Erhebungen der Marktkommission hervor, daß das in Rede stehende Gebäck in gleich guter Qualität und bedeutend schwerer ausgebacken wird, als dies unter fortgeführter Satzung je der Fall gewesen ware.

LNB Wien, den 5. November. Aus Retzow wird unterm 24. Oktober berichtet: Laut der uns vom gestrigen Tage zugekommenen Nachricht aus Schwalowice herrscht in dem benachbarten Königreiche Polen seit 8 — 12 Tagen eine so vorherrschende Rinderseuche, daß in dem nächsteu Marktorte Zawichost allein bereits an 200 Stück Hornvieh gefallen sind. Das Uebel offenbart sich unter den Anzeichen der Cholera und zugleich so ungestüm, daß das damit befallene, anscheinend gesündeste Vieh binnen 3 — 4 Stunden ohne Rettung verscheidet. Unsere Lokalbehörden, so viel uns bekannt, haben sich an die Gubernial-Regierung in Lublin und Rondom gewendet, um wo möglich über den Bestand, die Beschaffenheit und Ausdehnung dieser Seuche nähere Auskunft zu erhalten. Vor der Hand aber, um das Einschleppen derselben zu verhindern, sind Verordnungen ergangen, welche die in letzter Zeit begonnene Einfuhr von rohen Rinds- und Kalbshäuten und deren Abfällen, so wie des Viehes selbst untersagen. — Aus Prag wird geschrieben, daß an die dortige Militair-Untersuchungs-Commission die strenge Weisung erging, die Prozesse bis Weihnachten zu beendigen. — Die Königinnen von Preußen und Sachsen, welche nur bis Morgen hier verweilen wollten, haben ihren Aufenthalt bis Donnerstag früh ausgedehnt.

Frankreich.

Paris, den 3. Novem. Der „Moniteur" von heute Morgen enthält die einzelnen von L. Napoleon unterzeichneten Decrete, durch welche die Minister zu ihren verschiedenen Posten ernannt werden. General d'Hautpoul, welcher auf der Liste des neuen Cabinets im „Moniteur" obenan steht, ist nicht als Conseils-Präsident und Kriegsminister, wie Anfangs gemeldet wurde, sondern bloß als Kriegsminister aufgeführt. Den Vorsitz im Ministerrathe scheint L. Napoleon ausschließlich sich selbst vorbehalten zu haben. Das „Journal des Debats" sagt: „d'Hautpoul soll der Vicepräsident des Kabinets sein; der wirkliche Präsident ist L. Napoleon." Bereits gestern nahmen die neuen Minister von den Hôtels Besitz. — Man hat sich darüber gewundert, daß das Decret durch welches L. Napoleon das neue Ministerium ernennt, von keinem Minister gegengezeichnet wurde; das „Journal des Debats" weis't jedoch aus Art. 67 der Verfassung nach, daß die Form des Decrets vollkommen gesetzlich ist. Eben so haben die Worte, womit das Decret beginnt: „die Demission des Ministeriums ist angenommen," vielfach überrascht; das Journal des Debats bemerkt jedoch, daß diese Worte genau das Sachverhältniß angeben, indem die Minister zwar Vormittags, als der Präsident sie dazu aufforderte, ihre Demission einzureichen verweigert, nach Verlesung der Botschaft in der Versammlung aber dieselbe ihm zugeschickt hätten. — Vorgestern Abend war großer Empfang im Elysée. Sämmtliche Mitglieder des diplomatischen Corps, Jerome Bonaparte, Changarnier, Dupin und viele Repräsentanten waren anwesend. — Der neue Kriegsminister empfing vorgestern die Beamten seines Departements und sagte bei diesem Anlasse wiederholt: „Ich erwartete so wenig, Minister zu werden, daß mein Gepäck gegenwärtig nach Marseille unterwegs ist; ich hoffe jedoch, daß die Ueberraschung, welche der Präsident mir bereitet hat, für die Armee nur gute Resultate haben wird." Der General schien sehr heiter zu sein. — Die Installatiou der obersten Justizbeamten hat heute im Justizpalaste Statt gefunden. Die fremden Gesandten, die höchsten Civil- und Militairbehörden, so wie mehrere Deputationen, wohnten der Ceremonie bei. L. Napoleou erschien um 11 Uhr, ward aber mit geringer Sympathie empfangen. Nach der Messe, welche der Erzbischof in der Kapelle las, ging im großen Saale, nachdem der neue Justizminister, Hr. Rouher, der erste Präsident des Cassationshofes, Portalis, der Generalprocurator Dupin längere Vorträge gehalten hatten, die Eidesleistung und Installation der Beamten vor sich. Beim Schlusse hielt L. Napoleon eine Anrede (s. u.) Es fiel auf, daß die Nationalgarde fehlte und bloß die Linie den Dienst versah. — Hr. Lafont ist nach Neapel abgereis't, um Hrn. de Rayneval ein eigenhändiges Schreiben L. Napoleon's zu überbringen, worin er angeblich dringend ersucht wird, das Ministerium des Auswärtigen anzunehmen. — Die Verwaltung des Théâtre Français hat die Schauspielerin Rachel, weil sie nicht mehr auftreten will, vor Gericht geladen und verlangt von ihr für jede Woche, wo sie nicht auftritt, während sie contractlich dazu verpflichtet ist, 12,000 Fr. Entschädigung. — General Klapka ist hier, wird aber noch heute nach Hamburg zurückkehren, wo er sich niederlassen will. (Köln. Ztg.)

— Das Programm des neuen Ministeriums ist begreiflich das allgemeine Thema der Besprechung. Ein demokratisches Organ sagt: „Kein Urtheilsfähiger glaubt, daß mit diesem Programm eine wesentlich neue oder veränderte Politik eingeweiht ist. Der angedrohte Ostracismus gegen zu nachsichtige Beamte, den die Majorität lange umsonst von Dufaure verlangte, weßhalb sie ihn auch nächstens stürzen wollte, ist wohl der einzige wirkliche Unterschied zwischen der angekündigten Politik des neuen und jener des abgetretenen Ministeriums. Viele glauben daher, daß L. Napoleon noch Weiteres im Schilde führt und dem jetzigen Cabinet nur eine schnell vorübergehende Dauer und eine sehr undankbare Rolle zugedacht hvt. Der Verein vom Staatsrathe hat daher beschlossen, vor der Hvnd nichts zu thun und die Minister gewähren zu lassen, von L. Napoleon's Botschaft aber als von einem außerhalb der ministeriellen Verantwortlichkeit liegenden Acte für jetzt gänzlich zu abstrahiren, wie die Majorität es in der römischen Frage mit dem Briefe vom 18. August that. Thiers soll die Verwaltungs-Maaßregeln für die Majorität folgendermaßen zusammengefaßt haben. „„Man wird das neue Ministerium auf der Tribüne nicht angreifen und sich darauf beschränken, es in den Journalen zu überwachen. Man wird es nicht unterstützen. Der Berg wird unvermeidlich über dasselbe herfallen; es wird stürzen. Dann werden wir Herren der Lage sein; dann werden wir auftreten und unsere „persönliche" Regierung installiren."" (Kö n. Z'g)

Großbritanien und Irland.

London, den 3. Nov. (St. A.) Nachrichten aus Jamaika, welche eine Woche weiter als die zuletzt erhaltenen reichen, schildern die in der Kolonie herrschende Aufregung als sehr groß. Die Spaltung zwischen Rath und Versammlung dauerte fort. — Es heißt, man beabsichtige, Kossuth, falls er sich nach England begeben sollte, bei seiner Ankunft in Southampton ein öffentliches Festmahl zu geben. — Seit einer Woche sitzt im Schatzkammergericht zu Dublin die Kommission, die mit Ausführung der Parlaments-Akte, welche die Erleichterung des Verkaufs verschuldeter Güter bezweckt, beauftragt ist. Sie hat jetzt ihre Sitzungen auf vierzehn Tage vertagt. Unter anderen werden die Besitzungen John O'Connell's, welche sich in einer höchst kläglichen Lage befinden, wahrscheinlich ihren Herrn wechseln.

Italien.

Rom, den 25. Okt. (Köln. Ztg.) Das energische Einschreiten der Französischen Polizei-Behörde in Rom hat die durch Diebs- und Räuberbanden in bedenklicher Weise gestörte öffentliche Sicherheit einiger Maßen wieder hergestellt. Die Polizei-Listen enthielten ein Verzeichniß von 700 Dieben, an 200 derselben wurden in einem einzigen Verfolgungszuge in der Nacht vom 22. Okt. eingefangen. Unter ihnen befand sich eine große Anzahl Galeerensklaven, welche von der republikanischen Regierung gebraucht worden waren, um an der Befestigung der Stadt zu arbeiten. Zur Zeit der Uebergabe Roms war es ihnen gelungen, zu entkommen. — Ein auffallendes Beispiel der Konflikte zwischen der päpstlichen und der Französischen Polizei bietet die Verfolgung und Flucht des Neapolitanischen Arztes Caputo. In der „Allg. Ztg." finden wir folgende Schilderung des Vorfalls: „Caputo, der in den Wirren seines Vaterlandes und besonders in der Geschichte des 15. Mai sehr betheiligt war, hatte sich nach Rom geflüchtet, und war, trotz seiner bekannten politischen Meinungen nicht beunruhigt worden. Die Neapolitanische Regierung aber hatte, sogleich nach der Einsetzung der Kardinals-Kommission, sehr darauf gedrungen, daß er ausgeliefert werde, um so mehr, als er außer den politischen Sünden, die er mit vielen seiner flüchtigen Landsleute gemein hatte, angeklagt war, er hätte aus seinem eigenen Vermögen eine Summe von 1000 Piastern demjenigen versprochen, der den König Ferdinand aus der Welt zu schaffen im Stande wäre. Caputo hat übrigens beständig diesen Umstand geläugnet, auch zur Zeit der Republik, wo er bei Manchen eben dadurch als wahrer Patriot erschienen wäre; er behauptete immer, es sei dies eine Verleumdung seiner Feinde, um ihn unwiederbringlich zu verderben. Wie dem auch sein mag, seine Auslieferung war begehrt worden, und die Römische Regierung hatte sich deshalb an die Französische Polizei-Behörde gewandt, um den Caputo verhaften zu lassen, was aber durchaus verweigert wurde. Die Römischen Behörden, denen daran gelegen war, der befreundeten Neapolitanischen Regierung den geforderten Dienst zu erweisen und zugleich einen Revolutionair los zu werden, ließen ihn unter irgend einem Vorwande auf die Polizei locken, wo er, kaum angelangt, im Hofe von den Römischen Sbirren, die ihn erwarteten, gepackt wurde. Zu seinem Glücke war er von einem jungen Römer begleitet; dieser lief auf der Stelle die Treppen hinauf in den ersten Stock, wo die Französischen Polizei-Behörden ihre Bureaux haben, und erzählte das Ereigniß dem Polizei-Präfekten, der alsobald, von zwei anderen Französischen Beamten begleitet, hinuntereilte, den Caputo, den man in einen Wagen werfen wollte, aus den Händen der Sbirren reißen ließ und ihn hinauf in seine Zimmer brachte. Darauf wurde ein anderer Wagen herbeigeholt, Caputo in Begleitung von einem Offizier nach Ripa grande, dem Tiberhafen in Rom, geführt, dort auf eine große Barke, welche für die Militair-Transporte immer bereit steht, eingeschifft und nach Civita-Vecchia gebracht, um mit dem nächsten Französischen Dampfschiffe nach Marseille übersiedeln zu können. Und dabei blieb es, — römischerseits wurde nicht gemuckst, die Franzosen sprachen weiter nicht von dem ganzen Handel, und ein Jeder that, als wäre nichts vorgefallen." Ein ähnlicher Fall ist der des Advokaten Lunati. Dieser war früher Mitglied der Deputirtenkammer von 1848 und Finanzminister nach dem 16. November unter der provisorischen Regierung gewesen, hatte aber unter der Republik seine Entlassung eingereicht. Am 23. Okt. d. J. erhielt er vom Römischen Polizei-Ministerium den Befehl, den Römischen Staat zu veranlassen. Lunati wandte sich an den Französischen Minister, Hrn. v. Corcelles, der ihm antwortete: er könne vor der Hand unter Französischem Schutze ruhig in Rom bleiben. Lunati ist ein fähiger, vielleicht im Finanzfache der einzige fähige Mann im Lande, und übrigens von sehr gemäßigter, obgleich freisinniger politischen Meinung. Es befinden sich indessen noch mehrere ehemalige Mitglieder der Costituante in Rom, mit der besonderen Erlaubniß, dort zu verweilen. — Einige Mitglieder des Gemeinderaths haben ihre Entlassung eingereicht, da sie sich mit dem gegenwärtig herrschenden politischen Systeme nicht zu befreunden vermögen.

Locales ꝛc.

Posen, den 8. Novbr. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten, welche von 3 bis ½8 Uhr Abends dauerte, richtete Hr. Kaatz an den Vorsitzenden Hrn. Müller die Frage, ob unsere Deputirten in Berlin ihn vielleicht von den Gründen in Kenntniß gesetzt hätten, weshalb der Abg. Hirsch des Amendement in Betreff der Dringlichkeit des Baues der Posen-Breslauer Bahn nach der, diesem Bau äußerst günstigen, Aeußerung des Hrn. Ministers, und nachdem ein großer Theil der Kammermitglieder sein Gesuch unterstützt, plötzlich zurückgezogen habe? Hr. Müller antwortete, daß ihm bis jetzt ein Aufschluß darüber nicht zugegangen sei. Jetzt entspann sich eine äußerst lebhafte Debatte, in welcher das Verfahren des Hrn. Hirsch offen und spannunglos getadelt wurde, weil er das von seinen Wählern in ihn gesetzte Vertrauen nicht gerechtfertigt und nicht einmal den Muth und die Selbstständigkeit bewiesen habe, sein Amendement, ungeachtet der ministeriellen Erklärung, die den Bewohnern der Stadt und Provinz Posen doch gar keine Garantie für den wirklich erfolgenden Bau der Bahn nach Breslau gewähre, zumal die ganze für die Staatsbahnen von der Kammer bewilligte Summe durch die Herstellung der drei proponirten Schienenwege — die Ostbahn, die Westphälische und die Saarbrücker — absorbirt werde, zur Abstimmung zu bringen. Hr. Engel benachrichtigte die Versammlungen, daß Hr. Hirsch in der letzten Nummer der Vossischen Zeitung sein Verfahren vertheidigt und auf die bittern Vorwürfe, die ihm in der vorletzten Nummer desselben Blattes gemacht worden, geantwortet habe. Der Vorsteher äußerte, daß man die versuchte Rechtfertigung des Herrn Hirsch hören müsse, und las, nachdem das 258. Zeitungsblatt herbeigeschafft, dieselbe der Versammlung vor, welche jedoch dadurch nicht im geringsten zufriedengestellt wurde. Herr v. Crousaz versuchte Herrn Hirsch in Schutz zu nehmen, indem er sich dahin aussprach, daß Herr Hirsch als Polizeibeamter, wohl nicht füglich dem Hrn. Minister gegenüber, auf die Durchbringung seines Amendements habe bestehen können, was abermals zu mehrseitigen scharfen und bittern Bemerkungen über den Posener Deputirten, der seine Aufgabe so wenig begriffen, Anlaß gab. Herr Kaatz stellte nun den Antrag, daß, nachdem durch das Verfahren des Herrn Hirsch zwar viel, aber doch noch nicht alle Hoffnung für den Bau der Posen-Breslauer Bahn verloren sei, indem in der ersten Kammer die Eisenbahnfrage erst in der nächsten Woche zur Diskussion komme, sofort eine Deputation nach Berlin entsandt werde, um auf die Deputirten Herrn Pilaski und Berger dahin zu wirken, daß in der ersten Kammer, in Folge eines von ihnen einzubringenden Amendements zu der ministeriellen Vorlage, der Posen-Breslauer Schienenweg noch unter die demnächst zu erbauenden Staatsbahnen aufgenommen werde. Der Vorsitzende, der Magistrats-Dirigent, so wie einzelne Stadtverordnete stimmten zwar dem Vorschlage des Herrn Kaatz in materieller Hinsicht bei, glaubten aber daß eine schriftliche Aufforderung an die genannten Herrn Deputirten der ersten Kammer ausreiche, inzwischen wurde mit großer Majorität beschlossen, eine Deputation bestehend aus einem Magistratsmitgliede, — es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß Herr G. R. Naumann mit dieser Sendung betraut werden möge — und einem Stadtverordneten — die Wahl fiel auf den Herrn Professor Müller — sofort nach Berlin entsandt werde. Hierauf stellte der Herr Matecki den Antrag, ein Mißtrauensvotum gegen Herrn Hirsch wegen seines Benehmens in der Eisenbahnangelegenheit zu beschließen. Der Antrag fand die genügende Unterstützung und gab aufs neue zu einer lebhaft geführten Debatte Anlaß, an der sich die Herren Müller, Mamroth, v. Crousaz, Kaatz, Breslauer aussprachen. Herr Mamroth meinte nur die Wähler des Deputirten Hirsch, nicht aber die Stadtverordneten, hätten das Recht ein Mißtrauensvotum gegen denselben zu erlassen, was jedoch v. Herrn Crousaz in Abrede gestellt ward. Auf den Antrag des Herrn Mamroth fand eine namentliche Abstimmung Statt: von den Anwesenden stimmten 8 für, und 11 gegen ein Mißtrauensvotum, so daß der Antrag des Herrn Matecki mit einer Majorität von 3 Stimmen abgelehnt wurde.

≈ Zirke, den 7. Nov. Bereits ein Jahr ist seit dem Tode unseres früheren Predigers verflossen, und noch sehen wir keine Vorbereitungen zur Wahl eines neuen getroffen, ja wir kennen noch nicht einmal die Namen derjenigen drei Kandidaten, welche von Seiten des Consistoriums vorgeschlagen werden sollen. Wer nun bedenkt, daß, bis die sogenannten Probepredigten gehalten sind, bis die Wahl Seitens der Gemeinde endgültig vollzogen ist, auch noch Wochen, ja wohl Monate vergehen, der wird unsern Wunsch, den Gang dieser Angelegenheit beschleunigt zu sehen, gewiß nicht unbillig finden, zumal jetzt gerade die Zeit des Confirmanden-Unterrichtes wieder herbeigekommen ist. Herr Pastor Schmiedecke aus dem einige Meilen entfernten Dorfe Alt-Sorge, welcher ad interim die laufenden Geschäfte besorgt, hat sich zwar schon durch seine aufopfernde Thätigkeit den Dank der Gemeinde zu verdienen gewußt, aber er kann nicht fortwährend hier weilen, da er selbst einer Parochie vorzustehen hat, und die Verhältnisse dürften somit bei der Größe hiesiger Gemeinde keineswegs als geordnet erscheinen. Ueberdies haben sich in Folge dieses Proviso-

riums bereits mehrere Parteien gebildet, welche, bis jetzt um keine wahlberechtigte Persönlichkeit sich schaarend, nur geeignet sind, unnütze, sogar schädliche Spaltungen hervorzurufen. Daher wäre es im Interesse sowohl der beiden Gemeinden, als des genannten Herrn Predigers sehr zu wünschen, wenn von Seiten der Behörde bald eine Entscheidung erfolgte. — Nachdem den hiesigen Kreisständen gestattet ist, auf der von ihnen erbauten Chausseestrecke zwischen Kwilcz und Zirke Chausseegeld zu erheben, geschieht dieses seit dem 1sten d. M. in einem zu diesem Behuf erbauten Hause bei Jariszewo.

Konzert-Bericht.

V· — Mittwoch Abend bot Herr Graben-Hoffmann uns endlich die willkommne Gelegenheit, das ihm inwohnende ausgezeichnete Talent, sowohl für den humoristischen, als auch für den ernsten Gesangsvortrag, und für die Komposition beider Gattungen von Musik zu bewundern; denn wir können nur sagen, daß in demselben Maaße, wie er durch seinen Humor alles zur Freude und zum Jubel hinreißt, bei seiner schönen, wohllautenden Stimme, seinem geschmackvollen und ausdrucksreichen Vortrage in der Ballade und im einfachen Liede, das Auge mit Thränen sich füllt, und das Herz in Sehnsucht und Liebe schwellt. Jede Nummer einzeln zu besprechen, gehört mehr in eine Musikzeitung, als in diese Blätter; doch können wir nicht unterlassen, in der vom Konzertgeber komponirten und vorgetragnen Ballade: „Die Heimkehr" die geniale Einflechtung des Chorals: „Jesus meine Zuversicht", in die Begleitung, während die Singstimme recitativisch fortgeführt wird, zu erwähnen, und da dies neu von erschütternder Wirkung ist Noch müssen wir mit Vergnügen des überraschend schön ausgeführten Männerchors unter Herrn A. Vogts Leitung, so wie der von Herrn Gührich komponirte und mit Beihülfe von zwei andern geschickten Dilettanten vorgetragenen „Trio-Sätze" erwähnen. Letztere Probe des Kompositionstalents des hier auch als Lehrer allgemein geschätzten Künstlers berechtigt zu den schönsten Hoffnungen für dessen Zukunft. Ungetheilten Beifall erwarb sich Fräulein Graff durch den seelenvollen Vortrag ihrer „Mädchengedanken in sechs Bildern", nicht minder ansprechend trug die Künstlerin im zweiten Theil „Steigermädchens Winternacht" vor. Ein würdiges Seitenstück zu dieser Declamaton bildete dei sonore und mannhafte Vortrag des Gedichts von Mosen: „der Trompeter an der Katzbach", durch einen Freund des Konzertgebers. Die Macht der Töne verbreilete sichtbar ihre Weihe über das zahlreich versammelte Auditorium, das Ganze ließ einen höchst wohlthuenden Eindruck zurück und bildete der über die Versammlung durch den Zauber der Musik waltende ruhige Friede einen erquicklichen Gegensatz zu dem draußen unter Regenschauern heulenden Novembersturm.

Nur einen störenden Mißklang sind wir genöthigt, nicht mit Stillschweigen zu übergehen, nämlich die höchst unaufmerksame Bedienung bei der Garderobe, welcher es zuzuschreiben ist, daß die geschätzte Künstlerin, die dem Concertgeber so freundlich ihre Mitwirkung gewährt hatte, beim Verlassen des Concerts ihren werthvollen Shawl nicht wieder vorfand. Wir wollen hoffen, daß derselbe im Gedränge nur durch ein Versehn in falsche Hand gerathen ist, und der rechtmäßigen Eigenthümerin wieder zugestellt werden wird.

Verantw. Redakteur: C. C. H. Violet.

Posen, den 8. November. Heute als am Jahrestage der Einsetzung des Ministeriums **Brandenburg-Manteuffel** ist nachfolgende Adresse an dasselbe abgesandt:

Hohes Staats-Ministerium!

Am 11. November v. J. haben wir uns gestattet, dem hohen Staats-Ministerium unsern ehrerbietigsten Dank auszusprechen für den hingebenden Muth, mit welchem Hochdasselbe unter den damaligen schwierigen Verhältnissen eingetreten war für das gute Recht der Krone und des Volkes, indem wir an diesen Moment die zuversichtliche Hoffnung auf Rettung des Vaterlandes knüpften.

„Die Weltgeschichte geht ihren Gang", und wer an die Spitze der Verwaltung eines Staats wie Preußen berufen, die wahren Grundlagen seiner Größe erkannt hat, und in dieser Erkenntniß die Bahn des Rechtes und der Wahrheit unerschrocken wandelt, der erringt den Sieg!

Das bezeugen die großartigen Thatsachen des seitdem dahin geschwundenen Jahres, in welchem das hohe Staats-Ministerium mit starkem Arm und festem Muth das Ruder des Staats geführt und die widerstrebenden Geister niedergeworfen hat. Ein kaum gehoffter freudig begrüßter Wiederaufschwung unserer vaterländischen Zustände ist die Frucht jenes großen Entschlusses, jener besonnenen Weisheit, welcher selbst die Gegner ihre Achtung haben zollen müssen. Das alte Vertrauen auf Preußens Königthum von Gottes Gnaden durchdringt wieder unser Volk, und immerdar wird dem Staats-Ministerium vom 8. November der innigste Dank des Vaterlandes geweiht werden — ein Dank, den auch wir aussprechen und in Gesinnung und That zu bewähren fest entschlossen sind.

Posen, den 8. November 1849.

Der Central-Ausschuß der verbundenen monarchisch-constitutionellen Vereine der Provinz Posen.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.

Stadt-Theater in Posen.

Freitag den 9. November: Zweite Gastdarstellung des Herrn und Frau Weirauch, ersten Komikers vom Friedrich-Wilhelmsstädter Theater zu Berlin: Zum Erstenmale: Der geheime Registrator und sein Paletot, oder: Nur ein Orden! Vaudeville-Scherz in 1 Akt von Rudolph Halm. (Gisecke: Herr Weirauch. — Guste: Frau Weirauch.) — Hierauf zum Erstenmal: Die Rückkehr des Landwehrmanns, oder: Der Kurmärker und die Picarde, zweiter Theil; Genrebild mit Gesang und Tanz von Dr. Cohnfeld. (Schulze, Marie: Herr und Frau Weirauch.) — Zum Schluß zum Erstenmale: Lorenz und seine Schwester; Vaudeville-Burleske in 1 Aufzuge. (Fortsetzung von „das Hausgesinde". (Lorenz, Charlotte: Herr und Frau Weirauch.)

Sonnabend den 10. November: Auf vieles Verlangen: Der Postillon von Lonjumeau, komische Oper in 3 Akten.

Die heute glücklich erfolgte Entbindung meiner Frau von einem gesunden Mädchen zeige ich hiermit, statt besonderer Meldung, unsern Verwandten und Bekannten ergebenst an.

Posen, den 7. November 1849.

Tschuschke, Justiz-Rath.

Bekanntmachung.

Das alte Kasernenbettstroh, der Dünger in den Kothwagen, Urin in den Fässern und das Müll in den Müllgruben der verschiedenen Garnison-Anstalten pro 1850, soll den Meistbietenden überlassen werden.

Es wird daher Licitations-Termin auf

Freitag den 16ten November c. Vormittags 10 Uhr

in dem Büreau der unterzeichneten Verwaltung (Wallstraßenseite des neuen Intendantur- und Garnison-Verwaltungs-Gebäudes) anberaumt, wozu die geeigneten Uebernehmungslustigen mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die desfallsigen Bedingungen in genanntem Lokale zur Einsicht liegen.

Posen, den 5. November 1849.

Königliche Garnison-Verwaltung.

Es sollen mehrere Akazien und andere stehende, zu Nutz- und Brennholz brauchbare Bäume gegen gleich baare Bezahlung

Dienstag den 13ten November 1849

um 9 Uhr Vormittags auf dem Kirchhofe der evangelischen Gemeinde an den Meistbietenden versteigert werden, und laden wir dazu die Herren Kauflustigen ergebenst ein.

Der Vorstand der evangelischen Kreuzkirche.

Aufforderung zur Actien-Zeichnung.

Mit Bezugnahme auf seine frühere Bekanntmachung setzt das unterzeichnete provisorische Comité das Publikum davon in Kenntniß, daß das für die Vorbereitung der ersten Colonisation in Central-Amerika erforderliche Capital von 100,000 Rthlrn. jetzt zu einem Drittheile gezeichnet ist. Zur wirklichen Constituirung der Gesellschaft und zur Einberufung der ersten General-Versammlung, in welcher der jetzt nur provisorische Statut-Entwurf erst berathen und definitiv festgestellt werden soll, fehlen noch 100 Actien.

Das provisorische Comité nimmt Veranlassung, zur Betheiligung an diesem Unternehmen wiederholt aufzufordern. Zu näherer Erläuterung der eigentlichen Sachlage und zur Beseitigung der über das Unternehmen selbst herrschenden Unkenntniß hebt das Comité nur folgende Punkte hervor:

1) Die Organisation der Gesellschaft hat weder mit einer Bevormundung der Kolonisten, noch sonst mit der Gemeinde-Verwaltung der sich bildenden Niederlassungen Etwas zu thun; die Gesellschaft steht nicht in Verbindung mit anderen Colonisations-Gesellschaften, namentlich nicht mit dem bekannten Mosquitia-Unternehmen; sie sichert den deutschen Ansiedlern, welche nach Central-Amerika gehen wollen, durch Ankauf, Vermessung, Eintheilung und Vorbereitung der Gemeinde-Gebiete die Möglichkeit der selbstständigen, volksthümlichen Entwickelung unter der Oberhoheit einer der Staaten von Central-Amerika und erleichtert durch Anlage der ersten verkäuflichen Colonistenstellen, die vor Allem wichtige sofortige Einrichtung der Ankommenden nach einem bestimmten, allgemein geprüften und vorher genau bezeichneten Plane.
2) Die Speculation der Gesellschaft besteht zuvörderst in der Landprämie von 50 Morgen, welche jeder Besitzer einer Actie bei dem Ankauf sofort als reinen Gewinn vorweg erhält, sodann in dem im Verhältniß zum Preise mehr oder weniger ausgedehnten, von der Staats-Regierung zu erwerbenden Grundbesitze, und endlich in dem Geschäftsbetriebe, welchen die Gesellschaft in ihrer Eigenschaft als Bauunternehmerin unterhalten wird. Die Gesellschaft ist für den Colonisten die unentbehrliche Vermittlerin zur Erlangung seiner ersten Existenz-Mittel und sie wird darauf hinwirken, daß diese möglichst mit deutschen Waaren beschafft werden. Die freie Concurrenz wird sie dabei nicht ausschließen, aber auch überall da, wo die vaterländische Industrie dieses möglich macht, sie bekämpfen.
3) Die Bestimmung der Gesellschaft geht hauptsächlich mit dahin, daß dieselbe dem Unternehmungsgeiste der Deutschen im Handel und Verkehre mit Central-Amerika, dessen künftige Wichtigkeit unbestritten ist, ein Anhaltungspunkt sein, und die Vermittelung des internationalen Verkehrs von Mittel-Amerika und Deutschland anbahnen soll, um so dem Bedürfnisse nach neuen Absatzwegen für die deutsche Industrie in großartigem Maßstabe zu begegnen.

Zur Vorbereitung des Colonisations-Planes selbst hat sich die Gesellschaft in der Person des Herrn Baron Alexander von Bülow eines Mannes versichert, dessen reiche Erfahrungen und bereits praktisch bewährte Tüchtigkeit ihr eine sichere Gewähr für die glückliche Durchführung ihres Planes bieten.

Der Betrag einer Actie ist Zweihundert Thaler, wovon als erste Zahlung 25 pCt., und dann in fortlaufenden halbjährl. Raten zu 15 pCt. eingefordert werden. Actien-Zeichnungen werden auf dem Büreau des Berliner Vereins zur Centralisation deutscher Auswanderung und Colonisation, U. d. Linden 45., entgegengenommen, woselbst auch Statut-Auszüge zu haben sind. Anfragen werden in frankirten Briefen erbeten. Berlin, den 28. Oktober 1849.

Das provisorische Comité der Berliner Colonisations-Gesellschaft für Central-Amerika.

F. Harkort, Abgeordn. zur 2. Kammer. **Ulfert,** Justiz-Rath u. Abg. zur 2. Kammer. **Erbreich,** Ob.-Bergr. u. Abg. zur 2. Kamm.
von Reetzow-Kagenow, Landschafts-Rath. **Buck,** K. Leihamts-Direktor. **Werther,** Ob.-Ger.-Assessor. **Zoller,** Hofschlossermstr. u. Fabrik.

Actienzeichnungen nimmt an und genauere Nachrichten, wie Statut-Auszüge theilt auf Verlangen mit Posen, den 4. November 1849. **Dr. Barth.**

Knaben und Mädchen für den hiesigen Schulbesuch werden in Pension aufgenommen und zugleich der Unterricht in weiblichen Handarbeiten und der Musik ertheilt. Nähere Auskunft hierüber Berliner- und Ritterstraßen-Ecke No. 11. 2 Tr. rechts.

Colosseum.

Heute Freitag den 9ten d. Mts.: Musikalische Abendunterhaltung von den beliebten Harfenistinnen, nebst gutem Abendbrod; wozu ergebenst einladet Peiser.

Bekanntmachung.

Die Reinigung der Schornsteine und die der Straßen pro 1850 soll den Mindestfordernden überlassen werden.

Es wird dazu Licitations-Termin auf

Montag den 12ten d. Mts. Vormittags
9½ Uhr für die Schornstein-Reinigung,
11 Uhr für die Straßen-Reinigung,

im Büreau der unterzeichneten Verwaltung, Wallstraßenseite des Intendantur- und Garnison-Verwaltungs-Gebäudes anberaumt, wozu die geeigneten Uebernehmungslustigen hierdurch mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die desfallsigen Bedingungen im genannten Lokale zur Einsicht liegen.

Posen, den 5. November 1849.

Königl. Garnison-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Dienstag den 13ten d. Mts. Vormittags 10 Uhr sollen im Magazin No. I. hierselbst eine Quantität Roggenkleie, Fußmehl, Roggen- und Hafer-Fegekaff, Heusaamen ꝛc. gegen gleich baare Bezahlung öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden.

Posen, den 8. November 1849.

Königl. Proviant-Amt.

Die Mitglieder des Allgemeinen Männer-Gesangvereins werden ersucht, zu einer General-Probe auf Freitag Abend halb 8 Uhr im gewöhnlichen Uebungs-Lokale recht zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand:
Kuhm. Lehmann. Maiwald. Dr. Mayer. Vogt.

Verloren.

Bei dem vorgestrigen Konzert im Hôtel de Saxe ist ein großes rothes, wollenes Tuch mit einer bunt gewirkten breiten Borte, der Grund mit bunten Bouquets und in der Mitte eine große Arabeske, aus dem Garderobenzimmer, wahrscheinlich aus Versehen, mit hinweggenommen. Es wird gebeten, dasselbe in der Expedition dieser Zeitung abzugeben.